



Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Florian Janik  
91052 Erlangen

|  |                            |
|--|----------------------------|
| <b><u>Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO</u></b> |                            |
| Eingang:                                     | <b>11.04.2022</b>          |
| Antragsnr.:                                  | <b>085/2022</b>            |
| Verteiler:                                   | <b>OBM, BM, Fraktionen</b> |
| Zust. Referat:                               | <b>VII/31</b>              |
| mit Referat:                                 |                            |

Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
09131 862225  
[spd.fraktion@stadt.erlangen.de](mailto:spd.fraktion@stadt.erlangen.de)  
[www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)

## **Antrag: Verbot des Wegwerfens von genießbaren Lebensmitteln - Initiative im Städtetag**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zahlreiche noch genießbare Lebensmittel werden weggeworfen. Dies ist neben der sozialen Problematik auch ein Problem für Umwelt und Klima. In Erlangen setzen sich insbesondere die Initiative Erlangen containert, der Lebensmittelrettungsladen 'Teilere!', die Tafel und foodsharing für ein Ende des Wegwerfens von noch genießbaren Lebensmitteln ein.

Bislang ist jedoch Containern, also das Entnehmen von als Abfall entsorgten, genießbaren Lebensmitteln, in Deutschland, anders als z. B. in Österreich, immer noch als Diebstahl eingestuft. Viele Supermarkt- oder Discounterfilialen haben auch eine feste Vorgabe der Firmenzentrale, eine Spende von Lebensmitteln an Rettungsinitiativen auszuschließen und Containern nicht zu tolerieren.

Es ist ethisch nicht zu rechtfertigen, dass das Entnehmen von als Abfall entsorgten, genießbaren Lebensmitteln strafrechtlich verfolgt wird. Sinnvoll wäre hier eine Verpflichtung wie in Frankreich, diese Lebensmittel nicht als Abfall zu entsorgen, sondern zu spenden. Auf kommunaler Ebene lässt sich das Problem jedoch nicht lösen. Hier sind Bundesregierung und Bundestag gefragt, die Gesetze entsprechend zu ändern.

### **Aus diesen Gründen stellen wir folgenden Antrag:**

Die Stadt Erlangen bringt in den Städtetag die Forderung ein, durch Bundesgesetz ein Verbot des Wegwerfens von genießbaren Lebensmitteln durch Produzenten und Handel zu erlassen. Für nichtverkäufliche Lebensmittel muss eine Pflicht zur Spende eingeführt werden.

Datum  
11.04.2022

Ansprechpartnerin  
Katja Rabold-Knitter

Seite  
1 von 2



Mit freundlichen Grüßen

Für die SPD-Fraktion

Barbara Pfister  
Fraktionsvorsitzende

Dr. Andreas Richter  
Sprecher für Klimaschutz, Umwelt, Energie  
und Verkehr

Für die GRÜNE/Grüne Liste -Fraktion

Dr. Birgit Marenbach  
Fraktionsvorsitzende

Christian Eichenmüller  
Sprecher für Umwelt & Klima &  
Nachhaltigkeit

Für die Erlanger Linke

Fabiana Girstenbrei  
Stadträtin

Für die ödp-Fraktion

Joachim Jarosch  
Fraktionsvorsitzender

Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
09131 862225  
[spd.fraktion@stadt.erlangen.de](mailto:spd.fraktion@stadt.erlangen.de)  
[www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)

Datum  
11.04.2022

Ansprechpartnerin  
Katja Rabold-Knitter

Seite  
2 von 2

*Katja Rabold-Knitter*

f.d.R. Katja Rabold-Knitter  
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion